

Pressemitteilung

Starke Standards. Starke Wirtschaft. Unternehmen für den Erhalt der EU-Sorgfaltspflichten

Berlin, der 12.5.2025: Der EU-Omnibus soll Nachhaltigkeitsberichterstattung und Lieferkettensorgfaltspflichten vereinheitlichen. Erste Vorschläge der Kommission deuten jedoch eine deutliche Verwässerung an. Branchenübergreifend sprechen sich u.a. die GLS Bank, Otto Group, Vaude, Lufthansa Industry Solutions, ISEKI-Maschinen und die Triodos Bank für starke Standards und eine starke Wirtschaft aus.

Das Omnibus-Verfahren

„Ein im Kern sinnvoll angestrebter Bürokratieabbau des Omnibus-Verfahrens führt nach heutigen Plänen dazu, dass Unternehmen weniger Sorgfaltspflichten übernehmen, dass sie weniger Nachhaltigkeitskompetenz und Zukunftsfähigkeit aufbauen und dass die Transparenz für Konsument:innen und Investor:innen stark eingeschränkt wird“, stellt Dr. Antje von Dewitz, Geschäftsführerin von VAUDE und BNW-Vorständin, anlässlich der ersten Vorschläge der Kommission zum EU-Omnibus klar.

Verbessern, nicht verwässern

Das Omnibus-Verfahren soll Widersprüche zwischen der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) und der EU-Taxonomie beseitigen, Berichtspflichten vereinheitlichen und den bürokratischen Aufwand für die betroffenen Unternehmen reduzieren. Einheitliche, bürokratiearme Regelungen sind entscheidend für die Anwendung in der unternehmerischen Praxis. Allerdings geht die Kommission in ihrem aktuellen Vorschlag über diese Ziele hinaus und plant deutliche Verwässerungen bei der Transparenz und Unternehmensverantwortung. „Eine Abschwächung bestehender Regelungen wäre ein Schlag ins Gesicht der engagierten Unternehmen, die sich vorausschauend und pflichtbewusst rechtzeitig mit bevorstehenden Regelungen auseinandersetzen“, betont Martin Hoffmann, Geschäftsführer der ISEKI-Maschinen GmbH.

Auch Juliane Müller, Branchenleitung für Nachhaltige Wirtschaft bei der GLS Bank unterstreicht: „Bürokratieabbau darf nicht auf Kosten verbindlicher Standards für Klima, Umwelt und Menschenrechten geschehen. Unternehmen und Banken brauchen verlässliche politische Rahmenbedingungen. Eine Aufhebung der Vorgaben untergräbt Vertrauen und entwertet die bisherigen Investitionen.“

Zum Ende des Jahres dürfte final entschieden werden, in welchem Umfang der Omnibus in die bisherige EU-Nachhaltigkeitsgesetzgebung eingreift. Die bis dahin herrschende Unsicherheit verzögert Investitionen der Industrie und notwendige Fortschritte beim Klimaschutz. Dabei gilt: „Nachhaltigkeit rechnet sich: Bleibt die Erderwärmung unter 2 °C, lassen sich bis zu 27 % des globalen BIP retten. Die CSRD holt Nachhaltigkeit aus der Nische und zwingt Unternehmen, ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern und den gesamten Wirtschaftsapparat zum Umdenken“ so Charlotte Beck, Expert Sustainability Consultant bei Lufthansa Industry Solutions.

Starke Standards. Starke Wirtschaft.

Ziel der CSRD, CSDDD und EU-Taxonomie ist ein einheitlicher Rahmen, der es Unternehmen ermöglicht, wirtschaftlich erfolgreich zu sein - und gleichzeitig soziale und ökologische Verantwortung zu übernehmen. Ein wichtiger und zu begrüßender Ansatz, der durch den EU-Omnibus allerdings wieder zerstückelt werden könnte. „Nachhaltigkeit erfordert gleiche Wettbewerbsbedingungen. Unternehmen, die sich um langfristige Nachhaltigkeit bemühen, dürfen nicht von denjenigen übervorteilt werden, die um jeden Preis kurzfristige Gewinne anstreben“, so Tobias Stieber, Relationshipmanager bei der Triodos Bank Deutschland.

Auch der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft (BNW e.V.) setzt sich für klare und einheitliche Berichtspflichten sowie starke Standards ein. Menschenrechte und Umweltschutz sind kein optionales Beiwerk, das sich nur große Unternehmen leisten können. „Friedrich Merz hat bei seinem Antrittsbesuch in Brüssel die Abschaffung der EU-Lieferkettenrichtlinie CSDDD gefordert. Das ist fatal. Progressive Unternehmer:innen brauchen starke Standards. Sie garantieren, dass Umweltschutz und Menschenrechte gemeinsam eingehalten und wirtschaftliche Vorteile umgesetzt werden können. Die Wertschöpfung von morgen trägt Verantwortung: für den Standort Deutschland, für Menschenrechte und Umweltschutz“, so Katharina Reuter, Geschäftsführerin beim BNW abschließend.

*Im Rahmen der Kampagne **Starke Standards. Starke Wirtschaft.** wird der BNW parallel zum EU-Omnibus-Verfahrens auf [Linkedin](#) progressive Unternehmensstimmen für Menschenrechte und Umweltschutz veröffentlichen. Alle bisher beteiligten Zitatgeber:innen finden Sie vorab [hier](#).*

Die beteiligten Unternehmen:

AfB GmbH
Brüninghoff GmbH & Co. KG
Ecosia GmbH
Fernau Präzisionstechnik GmbH
Followfood GmbH
GLS Gemeinschaftsbank eG
Gruber-Folien GmbH & Co. KG
ISEKI-Maschinen GmbH
Landgut Stober Kontor GmbH & Co. Betriebs KG
Lufthansa Industry Solutions GmbH & Co. KG
LUWE Bauträger und Wohnungsverwaltungs GmbH
Munich Electrification GmbH
Otto GmbH & Co. KGaA
Refurbed Marketplace GmbH
Runden Group GmbH & Co. KG
SHIFT GmbH
Triodos Bank N.V. Deutschland
VAUDE Sport GmbH & Co. KG
Voelkel GmbH

Pressekontakt:

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Joscha Frost
Pressereferent

presse@bnw-bundesverband.de

Tel.: +49 1525 673 54 66

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) bringt die Stimme der progressiven Unternehmen direkt ins politische Berlin. Seit der Gründung 1992 setzt sich der BNW e.V. als unabhängiger Unternehmensverband für Umwelt-, Klimaschutz und soziale Nachhaltigkeitsaspekte ein. Mit seinen 700 Mitgliedsunternehmen steht der Verband für mehr als 200.000 Arbeitsplätze; Großunternehmen sowie Mittelstand sind in dem branchenübergreifenden Netzwerk genauso vertreten wie Cleantech-Startups und Social-Entrepreneurs.

<https://www.bnw-bundesverband.de/>